

Warum die für ganz Deutschland im Potsdamer Abkommen festgelegten „5 D's“ nur „Formelkompromisse“ waren:

ABZ [ähnlich in der BBZ]		SBZ
<p>Zugrunde liegend der westliche Demokratiebegriff (Parteienpluralismus, Wahlen, Mehrheitsprinzip etc.).</p> <p>Damit eng verbunden die Idee des Staatsaufbaus von unten her:</p> <p>Parteien ab August 1945 auf <i>Kreisebene</i>, dann (Nov.) auf <i>Landesebene</i> zugelassen.</p> <p>Im Januar 1946 in der ABZ <i>Gemeindewahlen</i> (<i>die ersten freien Wahlen in Dtl. seit 1933!</i>); <i>Landtagswahlen</i> im selben Jahr. In Bayern im Dez. 1946 Landtagswahlen und zugleich <i>Volksentscheid</i> über die inzwischen ausgearbeitete <i>Bayerische Verfassung</i></p>	<p>← „Democratisation“ →</p> <p>Vgl. Buch S. 87/88oben →</p>	<p>SU eine Einparteiendiktatur KPdSU als einzige erlaubte Partei mit totaler Kontrolle über Staat u. Gesellschaft, in ihr hatte wiederum Stalin eine absolut beherrschende Stellung.</p> <p>Offizielle Ideologie, dass nur der Sozialismus bzw. Kommunismus (auf Basis des Marxismus-Leninismus) zur wahren Herrschaft des Volkes führt, während die westliche Demokratie lediglich die Fassade für die Ausbeutung der Massen durch die Kapitalisten sei.</p> <p><i>Allerdings aus Gründen der „Sympathiewerbung“ nach außen hin Zulassung eines Parteienpluralismus; SU initiiert sogar als erste Besatzungsmacht die Neugründung von Parteien:</i> Befehl der SMAD vom 10.6.45: „Bildung u. Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien ist zu erlauben“. [Buch S. 82 Text M6b] : KPD / SPD / CDU / LDPD. <i>Dabei wohl maßgebend die Hoffnung, dass die Parteienneugründung in ganz Dtl. von der SBZ ausgehen würde und leichter zu beeinflussen wäre.</i></p> <p>Im weiteren Begünstigung der schrittweisen Machtübernahme der KPD bzw. SED durch die SMAD [■ Zwangsvereinigung der – viel schwächeren – KPD mit der SPD im April 1946 zur SED, ■ Einbindung der übrigen Parteien in den von der SED kontrollierten „Antifaschistischen Block“, ■ Aufnahme der von der SED kontrollierten „Massenorganisationen“ in den Block].</p>
<p>Vgl. den föderalistischen Aufbau der USA mit starker Rolle der Einzelstaaten</p>	<p>↔ „Decentralisation“ ↔</p>	<p>In der SU insgesamt ein straff zentralistisches System; aus dieser Sicht Stellenwert der Dezentralisierung gering bis Null.</p>
<p>In den westlichen Zonen Ziel die Entfernung von Nazis aus den wichtigen Positionen in Staat, Gesellschaft u. Wirtschaft als Grundvoraussetzung eines demokrat. Neubeginns. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Prozeduren führte zu einer starken Bürokratisierung (<i>detaillierter Fragebogen, Spruchkammerverfahren, Klassifizierung</i> der Betroffenen in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete; Problem „Persilscheine“); immerhin mehr als 1½ Mio. Menschen mit Sanktionen von Geldbußen bis zu mehrjährigen Freiheitsstrafen belegt.</p> <p>Die Re-education als positive Ergänzung der Entnazifizierung sollte der Umgestaltung des Lebens im demokratischen Sinn dienen: Besonders durch Neugestaltung des publizist. Bereichs – Lizenzierung der Zeitungen, Zeitschriften, Verlage – u. Neuaufbau des Rundfunkwesens nahmen die Besatzungsmächte entscheidenden Einfluss auf die Medienlandschaft der Nachkriegszeit. Im Bildungsbereich. Nachwirkungen der Re-education u.a.: Lehrmittelfreiheit, SMV, Schülerzeitungen, Sozialkunde, Koedukation, Lehrer-, Schüler-, Studentenaustausch., Amerikahäuser.</p>	<p>← „Denazification“ → (Entnazifizierung)</p> <p>Gemeinsame Aktion der von einem alliierten Gericht von Nov. 1945 bis Okt. 1946 in Nürnberg durchgeführte Hauptkriegsverbrecherprozess gegen die Spitzen des „3. Reiches“ → 12 Todesurteile; insgesamt von Besatzungsgerichten 5026 Personen verurteilt, davon 486 hingerichtet. (Vgl. Buch S. 85f)</p> <p>Buch ↗ S. 98 u. M 17 auf S. 101 ↘</p>	<p>In der SBZ richtete sich die Entnazifizierung gegen bestimmte Schichten und Gruppierungen und wurde als Hebel der Sozialisierung benutzt. Zugrundeliegend die kommunistische Faschismus-Theorie (dass der Nationalsozialismus bzw. Faschismus Mittel der Kapitalistenklasse u. auch der ‚Junkerklasse‘ gewesen sei, die Arbeiterklasse zu unterdrücken und gefügig zu machen). In dieser Sicht war nur der Sozialismus (im Sinn der Abschaffung des wirtschaftlichen Privateigentums) die wirkliche Entnazifizierung.</p> <p><i>Hier ging die Entnazifizierung in die wirtschaftliche Umstrukturierung im Sinn des Sozialismus über:</i></p> <p>In der Bodenreform ab Sept. 1945 entschädigungslos enteignet alle, die als aktive Nazis angesehen wurden sowie alle, die über 100 ha besaßen [das enteignete Land zu 1/3 in „volkseigene Güter“ umgewandelt, zu 2/3 an Siedler aufgeteilt, Größe bewusst klein gehalten, schikanöse Ablieferungssolls, bei Nichterfüllung „Volksfeind“, „Saboteur“ → Vorbereitung der späten (1959/60) Zwangskollektivierung.</p> <p>Zugleich ab Okt. 1945 entschädigungslose Verstaatlichung fast des gesamten Industriepotentials (die Vorbesitzer als Militaristen, Nazis, Förderer der Politik Hitlers bezeichnet)</p>
<p>in den Westzonen Demontagen von ca. 700 Industriebetrieben, v.a. aus dem Rüstungsbereich; Demontagen am längsten in der BBZ praktiziert. Gesamthöhe der Reparationsleistungen (in Sachwerten!) in den westlichen Besatzungszonen bis 1951 ca. 20 Mrd Reichsmark.</p>	<p>↔ „Dismantling“ → (Demontagen)</p>	<p>Gesamtwert der Reparationen (in Sachwerten!) der SBZ bis 1953 ca. 66 Mrd. Reichsmark; Z.B. Verfrachtung von ca. 1000 Industriebetrieben [aber auch z.B. von Eisenbahntrassen] in die S.U.; ca. 200 wichtige Industriebetriebe als „Sowjet. Aktiengesellschaften“ unter direkte Regie der S.U.</p>
<p>ab 1949 bei den USA angesichts der zunehmenden Konfrontation im Zeichen des „Kalten Krieges“ Überlegungen eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags.</p>	<p>← „Demilitarisation“ → hier <i>zunächst</i> noch am ehesten Einigkeit; ↔ aber ↗</p>	<p>ab Juli 1948 Bildung einer „Kasernierten Volkspolizei“, die in den Folgejahren auch mit schwereren Waffen ausgestattet und zahlenmäßig zunehmend aufgestockt wurde.</p>

Vgl. Buch S. 86 unten/ 87 oben